

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 8

Artikel: Das Gras und der Wind : Eindrücke nach einer China-Reise
Autor: Riklin, Alois
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163546>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ALOIS RIKLIN

Das Gras und der Wind

Eindrücke nach einer China-Reise

1976 ist China nicht nur durch ein natürliches Erdbeben erschüttert worden, sondern auch durch das grösste politische Erdbeben seit der kommunistischen Machtübernahme im Jahre 1949, nämlich durch den Tod Mao tse-tungs vom 9. September 1976. Ihm war im Januar des gleichen Jahres der Hinschied des zweitwichtigsten Staatsmannes des kommunistischen China, Chou En-lai, vorausgegangen, und ihm folgte die Entmachtung der sogenannten Viererbande im Oktober 1976.

I. Neue Führung

Die Art und Weise dieses Machtwechsels bestätigt das von anderen kommunistischen Ländern, insbesondere der UdSSR, bekannte Phänomen, dass das reguläre Verfahren der Nachfolge nur ausnahmsweise angewandt wird. Vieles, wenn nicht das meiste dieses Machtwechsels liegt nach wie vor im dunkeln. Ungewiss ist vor allem auch, wie blutig oder unblutig der Umsturz vonstatten ging. Es soll Hinrichtungen gegeben haben – niemand kennt die Zahl. Amtsenthebungen und Rehabilitierungen gingen Hand in Hand und sind noch im Gange. Ob die Vier noch am Leben sind oder im Gefängnis, ob sie unter demütigenden Bedingungen Zwangsarbeit leisten oder in einer abgeschirmten, komfortablen Pension der Musse pflegen, ob sie irgendwann vor ein ordentliches Gericht gestellt werden – niemand wollte, konnte oder durfte uns auf unser hartnäckiges Fragen Auskunft geben.

Immerhin, die technische Seite der Palastrevolution scheint geklärt. Die Machtbasis der Vier war nie besonders stark. Nur die Medien waren sicher in ihrer Hand. Im übrigen beruhte ihre Stärke auf der Ungewissheit über ihren Rückhalt bei Mao. Nachdem dieser als wahrscheinlich vermutete

Rückhalt mit Maos Tod weggefallen war, spielte offenbar die berühmte «Einheit 8341», die Palastgarde Maos, die ausschlaggebende Rolle.

«Fouché» Wang

Wang Tung-hsing (geb. 1916?), der Chef dieser, die einen sagen 7000-köpfigen, andere 30 000 bis 50 000 Mann starken Sicherheitstruppe – Mitte der dreissiger Jahre als Zwanzigjähriger bereits Leibwächter Maos, dann Kommandant des vermutlich am 8. März 1941 gebildeten Leibregiments Maos, ab 1955 stellvertretender Sicherheitsminister, auf dem 9. Parteitag (1969) zum Kandidaten des Politbüros ernannt, auf dem 10. Parteitag (1973) zum Politbürovollmitglied und auf dem 11. Parteitag (1977) zu einem der damals vier, heute fünf Stellvertreter des Parteivorsitzenden Hua – dieser 8341-Wang, wie ihn Klaus Mehnert zur Unterscheidung von «Viererbandemitglied» Wang Hung-wen nennt, schlug sich offenbar kurz nach Maos Tod auf die Seite der heutigen Sieger. So wie er 1965 seinen früheren Sicherheitschef und späteren Generalstabschef Lo Jui-ching verhaftete, der unlängst in einem Frankfurter Spital an den Folgen seines wohl unfreiwilligen Fenstersturzes verstorben ist, so wie er 1966 den damals als Mao-Nachfolger geltenden Liu Shao-chi auf einer Asien-Tournée begleitete und sich alsbald an dessen Absetzung beteiligte, so verhaftete dieser chinesische Fouché am 6. Oktober 1976 die Vier, nachdem er ihnen kurz zuvor noch bei der Zerschlagung der Tien An Men-Kundgebung vom 5. April 1976 zu Diensten war. Um auf Nummer sicher zu gehen, wurden Wang, Chang und Yao von ihren Gegnern gestaffelt zu einer geheimen Sitzung des Politbüros geladen und alsogleich verhaftet, während die meistgehasste Frau Chinas, Maos Witwe Chiang Ching, die Vierte im Bunde der Vier, in ihrer Villa in Schanghai oder Kanton das gleiche Schicksal ereilte. Das war am 6. Oktober 1976; erst eine Woche danach tauchten in China und vor allem im Ausland erste Gerüchte über einen Machtwechsel auf. Die offizielle Bestätigung liess vierzehn Tage auf sich warten. Das ist ein Fingerzeig, dass wir nie sicher sein können, was sich in der obersten Führungsspitze Chinas gerade tut oder bereits vor Wochen getan hat.

Ein Indiz für die entscheidende Mitwirkung des 8341-Wang beim Sturz der Viererbande mag darin liegen, dass er nach dem Staatsstreich als Belohnung zum fünften Mann in der Parteihierarchie aufrückte, im Dezember 1978 allerdings auf die sechste Stelle zurückgesetzt wurde. Er gehört damit zum innersten Machtkern der heutigen kollektiven Führung, der von einem Sechserausschuss des Politbüros, bestehend aus dem Parteivorsitzenden und seinen fünf Stellvertretern, gebildet wird.

«Ritschard» Chen

Nummer 5 in der Parteihierarchie ist seit dem Zentralkomitee-Plenum vom Dezember 1978 Chen Yün, ein 74-jähriger Parteiveteran, Architekt des Wirtschaftsaufbaus von 1949 bis 1958, der wegen Differenzen mit Mao im Zusammenhang mit dessen Politik des «Grossen Sprungs» zwanzig volle Jahre weg vom Fenster war. Chen Yün war und ist die einzige Persönlichkeit in der alten und in der neuen Führungsspitze, der seine Laufbahn von der Picke als Arbeiter begonnen hat. Seine Wiederernennung ist nicht nur ein Indiz für den Zusammenhalt und die neue Machtposition der «Alten Garden», sondern auch für die Wiederaufnahme der wirtschaftspolitischen Linie aus der Zeit vor dem Grossen Sprung, dies im Gegensatz zum Agrarromantismus Maos und der Ineffizienz der Kulturrevolution.

«Mandarin» Li

Der vierte Mann in der Parteihierarchie ist Li Hsien-nien (geb. 1905), seit 1954 bis heute ohne Unterbruch Finanzminister Chinas. Klaus Mehnert beschreibt Li als Pragmatiker aus der Schule Chou En-lais, tüchtig, zuverlässig, solide, loyal, liebenswürdig und verbindlich, ohne sich nach ganz vorn ins Rampenlicht zu drängen. Es mag für den Charakter dieses Mannes sprechen, dass er an der Siegesfeier der Vier vom 12. April 1976 – im Gegensatz zu Hua – demonstrativ nicht teilgenommen haben soll.

«Macher» Teng

Der dritte, bekannteste, zugleich umstrittenste Mann in der heutigen Parteihierarchie ist Teng Hsiao-ping (geb. 1903), langjähriger enger Mitarbeiter Chous, ein Energiebündel ohnegleichen, besessen von der Idee, aus China einen modernen Industriestaat zu machen, ein Kämpfer mit offenem Visier, der bereits zweimal – mindestens mit der Billigung Maos – in der Versenkung verschwinden musste, zuerst während der Kulturrevolution 1966 bis 1973, dann während der Herrschaft der Vier vom April 1976 bis Juli 1977, wobei er alle erdenklichen Erniedrigungen durchgemacht haben soll, den Spiessrutenlauf mit Narrenkappe durch die Strassen Pekings, die Zwangsarbeit als Latrinenputzer, die Bedrohung und Körperverletzung von Familienangehörigen, das knappe Entrinnen vor der Hinrichtung, das Untertauchen bei Militärfreunden aus der Kriegszeit in Kanton usw., und der mit seinem forschen Draufgängertum, seinem bissigen Mundwerk und seiner tollkühnen Vorwärtsstrategie auch ein drittes Mal über andere oder sich selbst stolpern könnte.

«Swoboda» Yeh

Der zweite Mann des heutigen China ist der greise Marschall Yeh Chien-ying (Jahrgang 1899). Er soll während des Interregnums zwischen dem Tod Maos und der Bestimmung seines Nachfolgers im Politbüro den Vorsitz geführt und bei der gestaffelten Einladung und Verhaftung der Vier eine Schlüsselrolle gespielt haben.

«Der grosse Unbekannte» Hua

Am wenigsten weiss man paradoxerweise über den ersten Mann im heutigen China, den Parteivorsitzenden, Ministerpräsidenten und Nachlassverwalter Maos: Hua Kuo-feng. In der Heimatprovinz Maos gross geworden, holte ihn Chou erst 1971 nach Peking, 1973 wurde er Politbüromitglied, 1975 Minister für innere Sicherheit, im Februar 1976 Nachfolger Chous als Ministerpräsident und im Oktober 1976 Nachfolger Maos als Parteichef. Mehnert vermutet hinter dem homo novus mit dem freundlichen Biedermanns Gesicht einen harten Arbeiter, Organisator und Generalisten. Bezeichnend vielleicht, dass ihn das grosse Erdbeben in Peking, wie er selbst erzählte, um 03.42 morgens während der Arbeit an seinem Schreibtisch überraschte. Hua als das jüngste Mitglied der kollektiven Führung hat Zeit. Mit seinen 58 Jahren befindet er sich für kommunistische Verhältnisse als Spitzenpolitiker in einem geradezu jugendlichen Alter. Er kann es sich leisten, zu warten und sich einstweilen die Kastanien von Teng aus dem Feuer holen zu lassen.

* * *

Eine persönliche Zwischenbemerkung. Wenn ich die bisherigen Mutmassungen über die neue Führung und die nachfolgenden über die neue Politik selbst kritisch überdenke, so könnte einem angesichts der fragwürdigen Quellen leicht schwindlig werden. Es hat schon gute Gründe, dass gerade die besten China-Kenner so schweigsam und zurückhaltend in ihrem Urteil sind. «Die meisten Nachrichten sind falsch», sagt Clausewitz. Dieser Eindruck hat sich bei mir seit meiner China-Reise verfestigt: die meisten Nachrichten aus China sind, wenn nicht falsch, so doch halbwahr, verfälschend, irreführend, aufgebauscht, übertrieben, einseitig, selektiv. Da schlägt jemand in Peking eine Wandzeitung an, und schon wird daraus eine Weltpressemeldung. In dieser Wandzeitung steht etwas von Menschenrechten, und schon meinen wir im Westen, dass mit diesem Wort das gemeint ist, was wir unter Menschenrechten verstehen. Aus

Stecknadelköpfen werden Globen. Je weniger man über etwas weiss, um so entstellender sind einzelne kleine Teilwahrheiten, wenn sie fürs Ganze genommen werden. Deshalb möchte ich hinter meine eigenen Eindrücke ausdrücklich ein grosses Fragezeichen setzen. Ich bin kein China-Kenner und werde es voraussichtlich nie werden. Ein berühmter Medizinprofessor soll einmal seine Vorlesung eingeleitet haben mit der Bemerkung, ich unterrichte Sie über den neusten Stand des Irrtums. So unterrichte ich Sie denn über den neuesten Stand meiner chinesischen Irrtümer. Und ich gebe damit nur widerstrebend dem Wunsch von Freunden nach, meine Eindrücke zu Papier zu bringen.

II. Neue Politik

Die «neue Politik» ist so neu nicht. Es ist mehr oder weniger die Linie, die Chou und Teng und wohl auch Liu Shao-chi bereits nach dem Scheitern des Grossen Sprungs (1958) in den frühen sechziger Jahren vertraten, die dann während der Kulturrevolution (ab 1966) verdrängt wurde, nach dem Sturz Lin Piaos (1971) sich allmählich durchsetzte, im programmatischen Schwanengesang Chous vor dem Nationalen Volkskongress vom Januar 1976 ihren noch heute verbindlichen Ausdruck fand (Peking Rundschau 4/1975, S. 21 ff.), während der Herrschaft der Vier erneut ins Abseits gedrängt und aufs heftigste attackiert wurde und nun seit zwei Jahren die Grundlage der Partei- und Staatspolitik bildet. Es ist die Politik der «vier Modernisierungen», die jedem China-Reisenden heute Tag für Tag mehrfach bis zur Bewusstlosigkeit eingetrichtert wird, zusammen mit der Leierkastenmelodie über das Sündenregister der Viererbande – was ihre gehirnwäscheartige Wirkung auf den Chef unserer Reisegruppe nicht verfehlte, dessen Grussadressen und Tischreden sich mit fortschreitender Reise bis zum Verwechseln den chinesischen Ansprachen anglichen, indem er die Wünsche des «Schweizervolkes» zum Erfolg der Politik der vier Modernisierungen und zur völligen Zerschlagung der Überreste der Viererbande überbrachte –, also, Modernisierung der Landwirtschaft, Modernisierung der Industrie, Modernisierung von Wissenschaft und Technik sowie Modernisierung der Landesverteidigung, dies mit dem Ziel, bis spätestens Ende dieses Jahrhunderts ins vorderste Glied der Industrie- und Militärmächte aufzurücken. Der prononcierteste Vorkämpfer dieser neuen Linie ist heute wie schon 1975 ohne Zweifel Teng. Ohne Unterlass versucht er mit lautem Peitschenknall das chinesische Volk auf den neuen langen Marsch zu treiben. Und man wird es mir deshalb nicht verargen, wenn ich auf Kosten der Sachlichkeit die kurze Skizze über die neue Politik

mit Teng-Sprüchen würze, obwohl der Regierungschef von Singapur sicher recht hatte, wenn er Teng unlängst mit der Mahnung begrüßte, man könnte auch zu stark würzen.

Produktion vor Revolution!

Teng: «Wenn ‚die Revolution anpacken‘ so wichtig ist, werden wir eines Tages aufwachen und feststellen, dass keiner wagt, die Produktion anzupacken.» – «Die Gewerkschaften sollen sich weniger um den Klassenkampf kümmern, dafür mehr um die Produktion und die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter.» – «Einige Genossen reden nur von Politik, aber nicht von Wirtschaft, nur von Revolution, aber nicht von Produktion ... Das ist unerträglich.» – «Wir haben zuviele Kampagnen, darum wird die tägliche Arbeit vernachlässigt.»

Das hat sich nach dem Urteil von Beobachtern in Peking vor allem seit Januar 1978 gründlich gewandelt: weniger Pflichtdemonstrationen, weniger Pflichtbesuche an politischen Versammlungen, weniger Selbstkritik-Anlässe am Samstagnachmittag. Dafür mehr Arbeit, mehr Arbeitsdisziplin, mehr Produktion – und zur besseren Motivation mindestens in den Städten mehr Freizeit und das Versprechen auf mehr Lohn.

In diesem Sinne enthält die 1978 total revidierte Verfassung – in China sind Totalrevisionen leichter als anderswo, wurde die Verfassung doch innert dreier Jahre gleich zweimal (1975, 1978) umgeschrieben – neu das Verbot der Störung der Wirtschaftsordnung (Art. 8) und das Gebot der Respektierung und des Schutzes der öffentlichen Güter sowie der Arbeitsdisziplin (Art. 57), Postulate, die von den Kulturrevolutionären in hohem Masse zum Schaden der Volkswirtschaft verletzt worden sind.

Die Kulturrevolution ist vorbei, sagt Parteivorsitzender Hua apodiktisch. Da besteht ohne Zweifel keine Differenz mit Teng.

Fachleute vor Ideologien!

Teng: «Es ist egal, ob eine Katze schwarz oder weiss ist; Hauptsache, sie fängt Mäuse.» – «Alles ist willkommen, was die Produktion erhöht.» – «Es gibt Fachleute ohne sozialistisches Bewusstsein, von denen wir nichts zu befürchten haben: wir sollten sie achten und in führende Stellungen berufen.» – «Wenn die Universitäten nichts anderes produzieren als Bauern und Arbeiter, sollten wir sie schliessen.» – «Naturwissenschaften kann man nicht durch Ideologie ersetzen.» – «Diktatur des Proletariats über die Wissenschaft und Technik – wenn ich das nur höre! – wer

forscht, darf ein Bücherwurm sein.» – «Wer nicht selbst wissenschaftlich gearbeitet hat, sollte darüber den Mund halten.»

Hier schiesst Teng wohl über die beschlossene Linie hinaus. Aber immerhin betont auch die 78er Verfassung neu die Bedeutung der «fachlichen Kompetenz» (Art. 16) und verspricht neu die Gewährleistung der Freiheit wissenschaftlicher Forschung (Art. 52).

Erstmals wurden 1978 nach zehnjährigem Unterbruch an den Universitäten wieder Forscher rekrutiert. Der Land- und Sozialdienst der Studenten ist auf vier Wochen verkürzt worden. Die Bücherwürmer durften von der Landarbeit wieder an ihre Schreibtische und Laborplätze zurückkehren. Erziehung und Bildung werden ganz gross geschrieben. 1978 meldeten sich 6 Millionen für die Zulassungsprüfungen zur Universität; 300 000, also 5 %, konnten aufgenommen werden. Heute beträgt die Zahl der Studierenden 1 Million; im Jahr 2000 sollen es 10 Millionen sein. 1979 sollen 10 000 Studenten ins Ausland geschickt werden.

Immerhin spielt die politische Linientreue für die akademische Karriere nach wie vor eine erhebliche Rolle, und das wird ohne Scheu in aller Offenheit zugegeben. Zum Selektionskriterium «politische Moral» gehören gemäss der Darstellung des Vizerektors der Universität Peking nicht nur der Einsatz und die Disziplin im Studium und im Sozialdienst, sondern auch das Verhalten im Rahmen der Selbstkritik, die Liebe zur Partei und zum kommunistischen China und die Bereitschaft, «dem Volk zu dienen». Auch der Ideologieunterricht an den Universitäten nimmt nach wie vor einen Sechstel des Lehrpensums in Anspruch. War es Zufall oder Absicht, dass uns die Studenten bei unserem Gespräch an der Pekinger Universität den Ideologieunterricht verschwiegen und vom «Politkommissar» alsogleich korrigiert wurden? Dazu kommt die ideologische Indoktrination auch im Rahmen der «nichtideologischen» Fachgebiete. In einem Französischseminar an der Universität Wuhan – übrigens eine imponierende architektonische Leistung aus der Zeit Sun Yat-sens – konnte ich feststellen, dass die Sprache anhand von strammen ideologischen Texten geschult wurde, allerdings – und das empfand ich doch wieder als wohltuend – die Texte entsprachen noch der alten Linie; nichts ist vollkommen ...

Leistung vor Gleichheit!

Teng: «Es ist gerecht, denen mehr zu geben, die mehr arbeiten.»

«Jedem nach seiner Leistung» galt zwar als *Maxime von jeher*, aber die Leistung wird heute stärker betont und soll in Zukunft noch stärker honoriert werden. Abgesehen von den Spitzenpositionen in Partei und

Regierung, über deren finanzielle Verhältnisse und Lebensbedingungen strengste Diskretion gewahrt wird, gehören wie bei uns die Manager und die Chefärzte zu den bestbezahlten Berufskategorien. Sie verdienen etwa das Fünffache eines Durchschnittsarbeiters – Naturalleistungen nicht eingeschlossen.

Entsprechend dieser verstärkten Rolle des Leistungsprinzips postuliert die 78er Verfassung neu die Zulässigkeit materieller Anreize (Art. 10).

Bei unserem Gespräch in der Pekinger Universität nannte der Ökonomieprofessor das Problem des Leistungsprinzips als eines der drei ungelösten Hauptgegenstände der volkswirtschaftlichen Forschung. Die Parteizeitung widmete der Durchführung des sozialistischen Prinzips «Jedem nach seiner Leistung» im Sommer 1978 einen Grossartikel (Peking Rundschau 31/1978, S. 6—16; 33/1978, S. 11—19).

Vom Ausland lernen!

Teng: «Der Grundsatz ‚aus eigener Kraft‘ ist prahlerische Überheblichkeit.»

Auch hier schießt Teng über die offizielle Linie hinaus, die regelmässig in verschwommener Vorsicht beides betont, die eigene Kraft und das Lernen vom Ausland.

Diese neue Politik steht in scharfem Kontrast zur irrationalen Xenophobie der Vier und zur jahrtausendelangen selbstbewussten Selbstisolierung Chinas, die in der Antwort des Kaisers Chien-lung an König Georg III. von England im 18. Jahrhundert ihren klassischen Ausdruck fand: «Ich lege keinen Wert auf seltsame oder sinnreich erfundene Gegenstände und habe keinen Bedarf für die Erzeugnisse Eures Landes.»

«Vom Ausland lernen» heisst im Klartext «Vom Westen lernen», natürlich nicht im ideologisch-politischen Bereich, sondern im wirtschaftlich-technologischen. Die chinesische Grossoffensive auf westliche Technologie und Kredite bewegt sich in schwindelerregenden Grössenordnungen. Gemäss Zehnjahresplan (1976—1985) sind 120 Grossprojekte für einen geschätzten Kostenaufwand von 300 bis 350 Milliarden Dollar programmiert. Dazu gehören u. a. 10 Eisen- und Stahlkombinate, 9 nicht-eisenhaltige Komplexe, 8 Kohlenbergwerke, 10 Erdöl- und Erdgasfelder, 30 Kraftwerke, 6 neue Eisenbahnlinien und 5 grosse Häfen. Zur Zeit ist freilich im Gefolge des teuer bezahlten Unentschieden im Vietnam-Krieg eine Revision dieses ehrgeizigen Plans im Gange.

Ob wohl die sozialen und umweltökonomischen Kosten dieses forcierten Wachstums genügend bedacht werden? Oder ist China dabei, die

Fehler des Westens zu wiederholen? Die 78er Verfassung erwähnt zwar neu den Umweltschutz als staatliche Aufgabe (Art. 11). Aber der für die Investitionspolitik verantwortliche Vizeministerpräsident Ku Mu wischte bei unserem Gespräch in Peking entsprechende Fragen mit leichter Hand vom Tisch. Wirtschaftliche Krisen, Zerstörung der Umwelt, Verschleuderung natürlicher Ressourcen und ähnliche Sünden westlicher Dynamik seien in einer planwirtschaftlichen sozialistischen Gesellschaftsordnung ganz einfach undenkbar.

Natürlich lassen sich die westlichen Regierungen und Unternehmungen nicht zweimal bitten. Der Run nach China nimmt geradezu groteske Formen an. Selbst während der 17-Tage-Krieg in Vietnam in vollem Gange und dessen Folgen noch unabsehbar waren, reichten sich die westlichen Abgesandten aus aller Herren Länder ohne Unterlass die Klinken. Der Handel mit dem europäischen Osten wird in den Zukunftsvisionen westlicher Wirtschaftskreise vergleichsweise zum Pappenstein. Verwöhnte deutsche Top-Manager nächtigen im Hotel Peking in Zweierzimmern.

Auch die Schweiz beteiligt sich, wie könnte es anders sein, wacker an diesem China-Rausch. Innert 15 Monaten besuchten 36 chinesische Handelsdelegationen die Schweiz und umgekehrt 22 schweizerische Wirtschaftsdelegationen China. Die Schweiz kann auf chinesischer Seite mit besonderen Sympathien rechnen. Die Sprachregelung der unzähligen Begrüssungszeremonien von Peking bis Kanton war perfekt. Immer wurden die drei Pluspunkte der Schweiz betont: frühe diplomatische Anerkennung, bewaffnete Neutralität und hoher Stand der Technologie.

Hundert Blumen statt eine!

Die Giftpflanzen Tengs gegen das monotone, traditionsfeindliche, puritanische, parteiische, ja rachsüchtige Regiment der «Kulturpöpstin» der Kulturrevolution, Chiang Ching, sind von besonderer Schärfe: «Die Modellopern dürfen nicht die einzige Blume sein, die blühen darf.» – «Ich bin durchaus für Modellopern, vorausgesetzt, ich muss sie mir nicht ansehen.» – «Wir sollten 360 Theaterstücke haben und jeden Tag ein anderes aufführen.» – Zu einem von Chiang Ching geförderten Film: «Ansehen war schon schlimm genug, da brauche ich nicht auch noch zu klatschen.»

Die Kulturpolitik ist nach dem Sturz Chiang Chings erheblich gelockert worden. Die beliebten klassischen Opern werden wieder gespielt, und dies nicht nur in den Grossstädten. Wir hatten selbst Gelegenheit, in der Provinz draussen zwei Aufführungen zu erleben. Während der Kultur-

revolution verschwundene Künstler dürfen wieder auftreten, totgeschwiegene Literaten wieder publizieren. Auch westliche Musik darf wieder gespielt werden, vor allem Mozart, Beethoven, Mendelssohn, Grieg, nicht die Modernen. Künstler und Orchester, z. B. das Stuttgarter Kammerorchester, werden, selten zwar, zu Tourneen eingeladen. Westliche Unterhaltungs- und Tanzmusik ist nicht mehr verboten. In einem Artikel der Parteizeitung wird gefordert, die Fesseln der Forschung in Philosophie und Gesellschaftswissenschaft zu sprengen: «Lasst hundert Schulen miteinander wetteifern» (Peking Rundschau 19/1978, S. 16—19). In der Literatur darf das Liebesthema wieder dargestellt werden.

Diese Lockerung schlägt sich ins Alltagsleben durch. Ein kleines Schlaglicht, das vielleicht mehr über die Wirklichkeit aussagt als offizielle Ukas: die Liebespärchen dürfen sich in der Öffentlichkeit wieder zeigen, diskret und artig, versteht sich. An einem lauwarmen Samstagabend konnte ich beim berühmten Bund in Schanghai dicht gedrängt Pärchen an Pärchen an der Uferbrüstung beobachten, welche die Romantik dieser Abendstimmung mit dem Spiel von Licht und Schatten auf bewegtem Wasser genossen. Zwei Jahre zuvor, bestätigte mir ein früherer China-Reisender, war es dort wie ausgestorben.

Innenpolitik vor Aussenpolitik!

Dass im Rahmen der Modernisierungspolitik der Innenpolitik das Primat vor der Aussenpolitik und erst recht vor riskanten weltrevolutionären Abenteuern zukommt, dürfte kaum einem Zweifel unterliegen. Das aussenpolitische Leitbild der neuen Führung ist in Anlehnung an die Rede Tengs auf der Sondertagung der UN-Vollversammlung vom 9. April 1974 (Peking Rundschau 15/1974, S. 8 ff.) am 1. November 1977 in einem Grossartikel der Parteizeitung «Renmin Ribao» veröffentlicht worden (Peking Rundschau 45/1977, S. 11—43). Kernstück dieses aussenpolitischen Konzepts ist eine Weiterentwicklung der sogenannten Drei-Welten-Theorie von Mao. Die erste Welt bilden die beiden Weltmächte UdSSR und USA, die zweite die Industriestaaten Europas und Japan, die dritte China und die Entwicklungsländer. Peking sieht die Hauptlinie der gegenwärtigen und künftigen Weltpolitik im Kampf der dritten Welt in Zusammenarbeit mit der zweiten gegen die erste und innerhalb der ersten Welt gegen den Hauptfeind, die Sowjetunion. Der äusserst informative weltpolitische Tour d'horizon, den unsere Reisegruppe mit dem stellvertretenden Aussenminister Wang Shu – früher Auslandkorrespondent, dann Botschafter in Bonn, nach dem Machtwechsel Chefredaktor der «Roten Fahne», heute mutmasslich so etwas wie Planungschef im Aussen-

ministerium und wahrscheinlich einer der Autoren des erwähnten aussenpolitischen Konzepts – führen durfte, bewegte sich völlig in der Denkweise dieser Mächtekonstellation, aber mit einer gewichtigen Ausnahme, dass die USA in verstärktem Masse in der gemeinsamen Front gegen die Sowjetunion gesehen werden.

China betont, dass es keine hegemonialen Absichten hege. Der 17-Tage-Krieg gegen Vietnam wird als repressive Strafaktion und präventive Warnung zwecks Eindämmung des sowjetisch-vietnamesischen Hegemonismus gerechtfertigt. Immerhin macht auch Teng, ganz im Sinne des sowjetkommunistischen Musters, den Unterschied zwischen staatlicher Koexistenzpolitik und revolutionärer Parteipolitik. Aber er motiviert die Unterstützung prochinesischer kommunistischer Parteien in Südostasien und anderswo als Entzug potentieller Gefolgsleute Moskaus.

China benötigt zur Realisierung des ehrgeizigen Modernisierungsprogramms eine Minimierung der aussenpolitischen Kosten. Von daher scheint der erklärte Hegemonieverzicht mindestens für die Zeit des wirtschaftlichen Aufbaus nicht völlig unglaubwürdig. Im Gegensatz zum Christentum, zum Buddhismus, zum Islam und zum Sowjetkommunismus ist der Missionarismus der chinesischen Tradition eher fremd. Das «Reich der Mitte» ruht in sich selbst. Es bildet das Zentrum der Welt. Die Peripherie ist unbedeutend und in weiter Ferne. Trotz der vordergründigen Anti-Konfuzius-Kampagne der frühen siebziger Jahre (Peking Rundschau 18/1975, S. 36 ff.; 19/1978, S. 17 ff.; 20/1978, S. 18 ff.), trotz des abschätzigen Urteils Maos über die heiligen Bücher und seiner radikalen Absage an den Konfuzianismus in der Schrift «Über die neue Demokratie» (1940), trotz der ängstlich-ausweichenden Antwort der Lehrer einer von unserer Reisegruppe besuchten Mittelschule in Wuhan auf die Frage nach der Relevanz konfuzianischen Denkens heute: die Tradition ist nicht tot, wirkt unterschwellig und bricht immer wieder durch. 1967 fand in Tsinan ein Konfuzius-Kongress statt, auf dem 110 Referate gehalten wurden. Und Kuo Mo-jo, persönlicher Freund Maos und späterer Präsident der Akademie der Wissenschaften, lässt Karl Marx in einem fiktiven, geistreichen Gespräch mit Konfuzius dem letzteren allen Respekt zollen (Wolfgang Bauer: China und die Hoffnung auf Glück, München 1974, S. 522 ff.). Dem Konfuzianismus aber ging es «um die Verwirklichung und Bewährung einer beispielhaften guten Gesellschafts- und Staatsordnung, deren Besonderheit der innere und äussere Friede sein soll mit der Möglichkeit, die Menschen nicht kraft des Gesetzes, sondern durch das tugendhafte Beispiel der charismatisch führenden Persönlichkeit sowie einer integren Amtswalterschaft, die ihrerseits durch Beispiel wirkt, zu gewinnen ...», die Qualität der chinesischen Ordnungen ist so hoch, dass die

übrigen Menschen auf Erden gar nicht anders können, als dies einzusehen und sich nach und nach darauf einzustellen» (Tilemann Grimm in: Die Aussenpolitik Chinas, München 1975, S. 28 f.).

Keine totale Entmaoisierung!

Teng: «Eine Idee, die sich nicht verwirklichen lässt, muss man fallenlassen, egal, von wem sie stammt.»

Hinter diesem frühen, gegen Maos «Grossen Sprung» gerichteten Ausspruch steht auch, aber nicht nur, die persönliche Fehde zwischen Mao tse-tung und Teng Hsiao-ping. Mao soll sich einmal über Teng beklagt haben, er sage, er sei schwerhörig, dabei setze er sich immer möglichst weit weg von ihm. Die Bitterkeit dieser persönlichen Beziehung sitzt tief und erklärt die Tatsache, dass Teng – im Gegensatz zu Hua – Mao nie zitiert. Aber Hua zitiert Teng, und Teng zitiert Hua, was als Indiz für die Tragfähigkeit des Bündnisses Hua–Teng gewertet wird.

Trotz bitterer persönlicher Erfahrungen war es aber ausgerechnet Teng, der im Dezember 1978 die Warnglocke zog, als die Anti-Mao-Kampagne zu überborden drohte. Das wäre ja wohl das Dümme, auf diese Symbolfigur der Einheit, die charismatische Unterstützung des Toten zu verzichten. Mao gilt nach wie vor als der bedeutendste der sechs kommunistischen Führer. Sein Bild prangt nach wie vor als einziges über dem Eingang zum Kaiserpalast. Sein Porträt hängt, wo immer ein Porträt hängen kann, meist in Begleitung Huas und oft mit den Konterfeis von Marx, Engels, Lenin und Stalin an der gegenüberliegenden Wand. Pausenlos marschieren täglich Abertausende schweigend in Reih und Glied am aufgebahrten Toten im Mausoleum Maos vorbei, und die andächtige Verehrung, in der dies geschieht, scheint nicht nur kommandiert, sondern echt zu sein. Die Werke Maos werden laufend unter der Verantwortung des Parteivorsitzenden Hua mit grossem Aufwand herausgegeben. Als ein Mitglied unserer Reisegruppe dem stellvertretenden Ministerpräsidenten die Frage vorlegte, ob die neue Politik als Chouismus erklärt werden könne, korrigierte er alsogleich, die gegenwärtige Politik gründe in den Ideen von Mao und Chou En-lai.

Nein, es geht nicht um eine totale Entmaoisierung. Nur der Heiligenschein und der Nimbus der Unfehlbarkeit wird Mao genommen. Dabei können sich die heutigen Machthaber durchaus auf Mao selbst abstützen. Beispielsweise auf Maos Unterscheidung zwischen dem richtigen und dem falschen Personenkult: «Es gibt zweierlei Personenkult, die eine Art ist korrekt, etwa gegenüber korrekten Ansichten von Marx, Engels, Lenin und Stalin ..., die zweite Art ist ein inkorrekt Kult, ohne zu überlegen, blind-

lings Folge zu leisten, das ist nicht richtig» (Chengtu-Konferenz, 10. März 1958). Oder auf die differenzierte Beurteilung Stalins: «Das Zentralkomitee ist der Ansicht, Fehler und Leistungen Stalins stehen im Verhältnis 30 : 70, alles in allem war er ein grosser Marxist» (Rede Maos vom 25. April 1956). Oder auf Maos Forderung, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen (vgl. z. B. Maos Rede «Über die Praxis», 1937).

Teng wendet also nur Maos Theorie auf Mao selbst an, wenn er das Fallenlassen einer Idee postuliert, die sich in der Praxis nicht bewährt hat. Die Theorie muss sich nach den Tatsachen richten und nicht umgekehrt. Es gibt keine ewigen Wahrheiten. Auch die grössten Denker können sich irren.

III. Der Totalitarismus bleibt

Was bleibt als tiefster Eindruck? Trotz der Faszinationskraft dieser so fremden Welt, trotz der grossartigen Zeugnisse einer eigenständigen, jahrtausendealten Kultur, trotz der für westliche Begriffe unvorstellbaren Gastfreundschaft, trotz der immensen Entwicklungsleistung und der, wie es scheint, Erfüllung der materiellen Grundbedürfnisse aller (Nahrung, Kleidung, Wohnung – dass die meisten Haushalte über Elektrizität, aber nicht über eine Kanalisation verfügen, gehört zu den Ironien der Geschichte; hätte Lenin nicht den Slogan geprägt «Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung des ganzen Landes», so besäßen die Chinesen heute wahrscheinlich mehr Kanalisationen und weniger Elektrizität!), obwohl ich dazu neige, die Lebensverhältnisse in China im Vergleich zum Elend Indiens und zur kapitalistisch-liberalistischen Absurdität und Dekadenz Hongkongs für das kleinere Übel zu halten – trotz alledem und vielem dazu scheint mir, sollte man die Augen nicht davor verschliessen, sollten nicht zuletzt die chinabegeisterten Anti-Sowjetkommunisten nicht ignorieren, dass es sich eben doch um einen Totalitarismus handelt, in dem der Einzelmensch keinen Eigenwert besitzt. Führung und Politik wurden ausgewechselt, aber der Totalitarismus ist geblieben. Im Gegensatz zu Kants aufklärerischem Imperativ ist der Mensch das Mittel und der Staat der Zweck.

Die Menschenrechte werden zwar auch in der chinesischen Verfassung fein säuberlich aufgelistet, aber es steht ein ganz anderes Vorverständnis hinter diesem Begriff. Sie gelten nur im Rahmen jener «sechs politischen Kriterien», die Mao tse-tung in seinem Artikel «Über die richtige Behandlung von Widersprüchen» (1957) formuliert und auf die der heutige Staatspräsident Yeh Chien-ying in seiner Rede zur 78er Verfassung erneut

verwiesen hat (Peking Rundschau 11/1978, S. 29). Das heisst, die in der Verfassung gewährleisteten Menschenrechte gelten nur, wenn sie

- «1. dazu beitragen, das aus verschiedenen Nationalitäten bestehende Volk zu einigen, und es nicht spalten;
2. die sozialistische Umgestaltung und den Aufbau des Sozialismus fördern und nicht schädigen;
3. dazu beitragen, die demokratische Diktatur des Volkes zu festigen, und sie nicht unterminieren oder schwächen;
4. dazu beitragen, den demokratischen Zentralismus zu stärken, und ihn nicht unterminieren oder schwächen;
5. dazu beitragen, die Führung durch die Kommunistische Partei zu stärken, und sie nicht abschütteln oder schwächen;
6. die internationale sozialistische Einheit und die internationale Solidarität aller friedliebenden Völker fördern und nicht schädigen».

Die Idee vorstaatlicher, überstaatlicher, in ihrer Substanz unantastbarer Grundrechte des Menschen ist dem chinesischen Verständnis fremd. Die Antwort des stellvertretenden Aussenministers Wang Shu auf meine Frage nach der Beurteilung der Menschenrechtspolitik Carters war so kurz wie vielsagend: «Die Dissidenten in der Sowjetunion sind nicht zahlreich!» Und zum hunderttausendfachen Völkermord in Kambodscha vor der vietnamesischen Aggression: «Ich begreife das Gezeter in den westlichen Medien nicht. Wenn es um die Unabhängigkeit und um den Kampf gegen den Sowjethegemonismus des ‚asiatischen Kuba‘ Vietnam geht, kann man nicht zimperlich sein.»

Folterungen im Sinne körperlicher Misshandlungen sind zwar verboten und scheinen heute – im Gegensatz zur Zeit der Kulturrevolution – kaum vorzukommen, dafür ist der psychische Druck um so stärker. Gehirnwäschen, Zwangsarbeit, Berufsverbot, Verweigerung des rechtlichen Gehörs, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, geheime Prozesse oder umgekehrt Schauprozesse, Pranger, Todesurteile aus politischen Gründen usw. sind selbstverständliche Praktiken, deren Rechtmässigkeit nicht angefochten wird. Die Zahl der politischen Häftlinge ist nicht bekannt, aber nach dem Bericht von Amnesty International auf jeden Fall hoch, und die Haftbedingungen sind sehr hart (Political Imprisonment in the People's Republic of China, London 1978). Ein hoher Richter, mit dem wir in Schanghai ein ausführliches Gespräch führen konnten, bestätigte in aller Offenheit, dass die Richter in bezug auf Ernennung und Urteilsfindung selbstverständlich von der Kommunistischen Partei abhängig sind; es gibt keine unabhängigen Gerichte. Verwaltungsgerichte gibt es nicht; sie sind nach der Aussage unseres Schanghaier Richters unnötig, weil eben das

Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt ist und weil Regierung und Verwaltung dem Volk dienen. Es gibt überhaupt keine Rechte des einzelnen gegen den Staat. Auf die präzise Frage nach der Zahl der vom obersten Gericht der Provinz Schanghai im letzten Jahr gefällten Todesurteile verweigerte unser Gesprächspartner die Antwort; die Regierung habe diese Zahl nicht veröffentlicht.

Chinesische Kommunisten wären die ersten, die den westlichen Zeitungsenten der letzten Monate über Tendenzen zur Einführung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im westlichen Sinne energisch widersprechen würden. Zwar verlangt die 78er Verfassung neu die Einführung geheimer Wahlen (Art. 21, 35), aber die Kandidatenaufstellung bleibt völlig unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei. Die Menschenrechte haben nicht die Funktion der staatlichen Machtbeschränkung; sie gelten ja nur unter dem Vorbehalt der Festigung des Sozialismus. Machtteilung zur Eindämmung von Machtmissbrauch wird durch die unbedingte Vorrangstellung der zentralistisch geführten Kommunistischen Partei über alle Staatsorgane verhindert (Art. 2 der 78er Verfassung). Die Legalität bezweckt ebenfalls nicht die Eindämmung des Machtmissbrauchs der Regierenden. Entsprechend der konfuzianischen Tradition gibt es bis heute kaum systematische Gesetzeskodifikationen. Der beste Staat gründet eben in der Tugend der Regierenden, nicht auf dem Gesetz. Jüngste Beschlüsse zur Revision bzw. Neuschöpfung von über 30 Gesetzen knüpfen wohl eher an die legalistische Gegenbewegung des 3. Jahrhunderts vor Christus an, welche die Gesetze als Instrument zur Erziehung der Regierten und zu ihrer Unterwerfung unter den absolutistischen Herrscher benutzen wollte. Gesetze sind unbestrittenermassen Werkzeuge zur Verwirklichung der Politik der Partei, nicht zur Bändigung der Macht der Partei. Kurz: es geht um «Modernisierung ohne Verwestlichung».

Im Wesen gleicht das heutige China in vielem immer noch dem konfuzianischen Staatsideal ... oder dem platonischen der Politeia. So wie in Platons Vorstellung einer gerechten Gesellschaftsordnung der Herrscher herrscht, der Wächter wacht, der Händler händelt und der Sklave schuftet, so lehrt Meister Konfuzius: «Der Fürst sei Fürst, der Diener sei Diener, der Vater sei Vater, der Sohn sei Sohn ...» Der Konfuzianismus begreift die menschliche Gemeinschaft wie Platon als einen festgegliederten Organismus, in dem jedem Individuum seine bestimmte Stelle zugewiesen ist. Das scheint in diesem riesigen Ameisenstaat noch heute so. Wie sagte Meister Konfuzius? «Das Wesen des Herrschers ist der Wind, das Wesen des Geringen ist das Gras. Das Gras hat sich zu beugen, wenn der Wind darüber fährt.»